



## Antrag

der Abgeordneten **Richard Graupner, Stefan Löw, Christoph Maier, Jan Schiffers**  
und **Fraktion (AfD)**

### **Erstellung eines Lagebildes Paralleljustiz in Bayern**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Die Staatsregierung wird aufgefordert, bis zum Ende der laufenden Legislaturperiode ein landesweites Lagebild zur Paralleljustiz zu erstellen. Dabei soll das Phänomen umfassend definiert und seine (besonders im Verborgenen stattfindenden) Ausprägungen sichtbar gemacht sowie Ansätze zur Verhinderung eruiert und zur Bekämpfung identifiziert werden.
2. Über das Lagebild wird den zuständigen Ausschüssen in öffentlichen Sitzungen berichtet.

### **Begründung:**

Die staatliche Rechtsordnung wird durch die Ausbreitung von Parallelgesellschaften kontinuierlich untergraben und ihr Geltungsanspruch durch Formen von Paralleljustiz sukzessive ausgehöhlt und unterlaufen.

Besonders der massive Zuzug von Ausländern und Asylbewerbern infolge illegaler, irregulärer oder ungesteuerter Zuwanderung stellt dabei ein gravierendes Problem dar, das die Herausbildung und – wo bereits bestehend – Verfestigung gesellschaftlicher Parallelstrukturen befördert. Religiöse Paralleljustiz in schon heute mehrheitlich muslimisch geprägten Teilen der Gesellschaft stellt demnach eine erhebliche rechts- und sicherheitspolitische Herausforderung dar; wo sie außerhalb der engen Grenzen des durch das Grundgesetz eingeräumten Selbstbestimmungsrechts der Religionsgemeinschaften (vgl. Art. 140 Grundgesetz) stattfindet, ist sie mit allen Möglichkeiten des Rechtsstaates zu unterbinden und zu bekämpfen.

Voraussetzung einer landesweiten staatlichen Strategie zur Bekämpfung von Paralleljustiz ist das Vorliegen eines aussagekräftigen Lagebildes. Soziologische und kriminologische Untersuchungen zeigen immer wieder, dass Paralleljustiz ein milieuspezifisches Phänomen darstellt, das durch hohe soziale Kontrolle, mangelnden Zugang zu staatlichen Einrichtungen und einem (Macht-)Gefälle zwischen Tätern und Opfern hervorgerufen, zumindest aber begünstigt wird.<sup>1</sup> All diese Phänomene finden sich vor allem in religiösen Nischen sowie in migrantischen Milieus: Schon seit Jahren scheitern dort die Integrationsbemühungen des Staates und haben, besonders in mittleren und großen Städten, ganze Straßenzüge in multiethnische Konfliktzonen verwandelt, in denen das Gewaltmonopol des Staates und seiner Justiz verdrängt und durch fremde Strukturen ersetzt wurde.<sup>2</sup> Dies betrifft nach Expertenmeinungen vor allem straf- und familienrechtliche Fälle.

Eine wirksame, landesweite Eindämmung von Paralleljustiz kann schließlich nur dann erfolgen, wenn die Untergrabung des Rechtsstaates als gesamtgesellschaftliche und

<sup>1</sup> [https://www.justiz.nrw/Mitteilungen/2022\\_03\\_31\\_Paralleljustiz/index.php](https://www.justiz.nrw/Mitteilungen/2022_03_31_Paralleljustiz/index.php)

<sup>2</sup> <https://www.br.de/nachricht/paralleljustiz-integration-friedensrichter-100.html>

ressortübergreifende Aufgabe wahrgenommen wird. Insofern hat das beauftragte La-gebild sowohl Ansätze zur präventiven Unterbindung sowie zur repressiven Sanktion zu erarbeiten. Hier können die bisherigen Erfahrungen der im Staatsministerium der Justiz zusammengezogenen Arbeitsgruppen einfließen. Sie müssen in einen umfassenden Maßnahmenkatalog münden.